

Vorschläge der EU-Kommission zur Halbzeit der Agrarreform: Bauernbund fordert Existenzgründerprogramm und Bürokratieabbau

Insgesamt unausgewogen – so beurteilt der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Lande, die Vorschläge der EU-Kommission, mit denen ab 2009 die Agrarpolitik neu ausgerichtet werden soll.

Insbesondere kritisiert der Bauernbund, dass im Rahmen der sogenannten “Modulation” Gelder aus dem Agrarhaushalt, die bislang direkt als Einkommenshilfe an die Betriebe gezahlt wurden, künftig für Projekte der ländlichen Entwicklung eingesetzt werden sollen, etwa für Landtourismus oder Direktvermarktung. “Aus dem Zwischenhoch bei den Getreidepreisen zu schließen, dass unsere Landwirtschaft keine Unterstützung mehr bräuchte, ist gewagt”, meint Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung: “Die Einkommenshilfen sind nichts anderes als ein Ausgleich für die Wettbewerbsverzerrung auf dem Weltmarkt, die aus niedrigeren sozialen und ökologischen Standards in anderen Regionen der Welt resultiert.”

Keine Probleme hat der Bauernbund dagegen mit der sogenannten “Degression”, d. h. einer gestaffelten Kürzung der Einkommenshilfen ab einer Gesamtauszahlungssumme von 100.000 Euro, wovon vor allem die ostdeutschen Großbetriebe betroffen wären. “Auf den Familienbetrieben kommen die Gelder direkt den in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen zugute, bei den Großbetrieben profitieren davon zunehmend außerlandwirtschaftliche Geldanleger, während Melker und Traktoristen mit einem Hungerlohn nach Hause geschickt werden”, begründet Jung. Wenn es nach dem Bauernbund geht, sollten die eingesparten Mittel in ein Existenzgründerprogramm für Junglandwirte fließen, damit mehr selbständige Betriebe entstehen.

Unverständlich findet der Bauernbund außerdem, dass es nach dem Willen der EU-Kommission am Kontrollsystem “Cross Compliance” nur kleinere Korrekturen geben soll. “Die damit verbundenen umfangreichen Kennzeichnungs- und Aufzeichnungspflichten belasten unsere Betriebe mit überflüssigem bürokratischem Aufwand”, argumentiert Jung. Das Problem sei vor allem die Umkehrung der Beweislast – dass der Landwirt nachweisen müsse, dass er ordnungsgemäß gewirtschaftet hat und nicht umgekehrt. Jung: “Cross Compliance muss komplett weg, weil es eine Belastung ist, die niemandem nützt. Wir wollen uns ja an

die Gesetze halten, aber wir tun das lieber draußen als am Schreibtisch.”

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*